

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Tageblatt Rieser  
Bismarckstr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gochsheim, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1390.  
Stroßstraße  
Rieser Nr. 22.

Nr. 149.

Sonnabend, 29. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Scheiterns von Produktionsvereinbarungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Kammer des Landtages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 von heute, 1 von heute Sonntagsblätter (6 Ellen) 25 Gold-Pfennige; die 28 von heute Restanzeigen 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig, dann Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konture gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeiträge werden an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Sachstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser. Für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Rieser.

## Dr. Schacht über die Pariser Sachverständigenkonferenz.

1) München, 28. 6. Reichsbankpräsident Dr. Schacht behandelte auf der heutigen Hauptversammlung des Deutschen Industrie- und Handelsstages die Pariser Sachverständigenkonferenz in einer umfangreichen und eindringlichen Rede, in der er in den einleitenden Sätzen das Ergebnis der Konferenz als für Deutschland nicht erfreulich bezeichnete. Wenn die deutschen Sachverständigen dennoch den Youngplan unterschrieben hätten, so dürfe die deutsche Öffentlichkeit von ihnen hierüber keine Nachricht fordern. Dr. Schacht bezeichnete es als völlig gleichgültig, ob die Unterschrift aus wirtschaftlichen, politischen oder psychologischen Gründen erfolgte, ob die Sachverständigen unter irgendwelchen Umständen von privater oder Regierungseite gehandelt hätten.

Die Verantwortung für ihre Unterschrift könne ihnen niemand abnehmen.

und maßgeblich sei einzig und allein, ob unter den gegebenen Verhältnissen für das zukünftige Wohl des deutschen Volkes Besseres erreicht werden konnte, und ob das Erreichte gegenüber dem bestehenden Zustand den Vorzug verdienen oder nicht. Man werde das Ergebnis nur richtig würdigen können, wenn man es in den Gang des großen politischen Geschehens einreihe. Habe es sich doch nicht um eine von aller Erdenschwermere befreite Zusammenkunft souveräner Geister gehandelt, die nach hohen Gesichtspunkten eine Magna Charta für das künftige Wohl der Menschheit auszuarbeiten hatten. Vielmehr war die Konferenz aus dem Versuch verantwortungsvoller Staatsmänner entstanden, die Schwierigkeiten einer rein politischen Abmachung zu erleichtern und den weniger einsichtigen Kreisen der beteiligten Völker durch den Mund unparteiischer, im Wirtschaftsleben Ansehen genießender Männer verständlich zu machen, daß

übertriebene politisch-demagogische Erwartungen keine Aussicht auf Erfüllung

haben. Um so mühtiger scheine ein nachträglicher Streit darüber, ob die Konferenz politisch richtig vorbereitet und ob sie nicht zu früh anberaumt wurde, sowie über die weitere Frage, ob die deutschen Politiker Besseres hätten erreichen können. Die Umgestaltung des Auftrages machte es völlig unmöglich, Fragen der großen Politik aufzurollen, wie etwa die Kriegsschuldfrage. Dagegen haben wir mit möglicher Eindringlichkeit und Vollständigkeit die wirtschaftlichen Grundlagen und Möglichkeiten Deutschlands auseinandergesetzt und versucht, die übrigen Sachverständigen dazu zu bringen, eine Abschätzung der jährlichen Reparationsleistungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzunehmen. Dieses Bemühen kontrastierte mit dem Verlangen der Gläubigerregierungen, unter allen Umständen bestimmte Mindestzahlungen von Deutschland zu erhalten, deren Höhe im wesentlichen von vorn herein festgelegt war, nicht nur für Frankreich die berühmte Netto-Indemnität, sondern auch für alle alliierten Mächte diejenigen Summen zu erhalten, die diese per Saldo an Amerika schuldeten. Alle Vorstellungen der deutschen Sachverständigen, daß Deutschland mit den alliierten Schulden nicht das geringste zu tun habe, prallten an der

politischen Willkür der anderen Seite

ab. Dr. Schacht analysierte dann in längeren Ausführungen das deutsche Memorandum vom 17. April. Es sei davon ausgegangen, daß Deutschland sich bemühen solle, bis zu einer vernünftigen Grenze seiner Leistungsfähigkeit die Ansprüche der Gläubiger zu erfüllen, wobei für Bemessung dieser Leistungsfähigkeit dieselben Grundzüge zu berücksichtigen seien, die Staatssekretär Mellon bei den Schuldenverhandlungen mit den alliierten Ländern aufgestellt hat, nämlich, daß das Einkommen und der Lebensstandard des Schuldnervolkes berücksichtigt werden müsse, und daß das Bestehe auf einem Abkommen, das die Zahlungsfähigkeit eines Landes übersteigt, dieses Land berechnen würde, jedes Abkommen zu verweigern.

Weiter habe man auf die Grundzüge des Dawesplans juristisch, wonach Reparationszahlungen nur aus einem wirtschaftlichen Ueberfluß der Arbeitsleistung, nicht aber auf einem dauernden Verlust von wirtschaftlicher Vermögenssubstanz, und wonach ferner die Transferierung der Reparationen aus Exportüberschüssen, nicht aber auf die Dauer aus ausländischen Anleihen erfolgen sollen. Nachdem das Memorandum der alliierten Sachverständigen für die ersten 27 Jahre eine Durchschnittsumme von rund 2,5 Milliarden gefordert hatte, sei es nicht verwunderlich gewesen, daß die Schätzung der deutschen Sachverständigen mit einer

Kennzahl von durchschnittlich 1650 Millionen die Gegen-

seite nicht zufriedenstellte, und daß sie zu dem billigen Mittel griff, die von der deutschen Delegation vorgebrachten wirtschaftlichen Anregungen, die eine Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit ermöglichen sollten, als politische Forderungen hinzustellen. Die französische Presse habe Anregungen in diesem Sinne mit heillosen, tollwütigen Aufschreien

Dr. Schacht ergriff hier die Gelegenheit, um in entscheidenden Worten Kritik daran zu üben, daß in diesem Augenblick dieselben deutschen Zeitungen, die die angeblichen Beeinflussungsversuche gewisser deutscher Wirtschaftskreise

auf die Sachverständigen kritisiert hatten, sich nicht geschämt hätten, nunmehr die deutschen Sachverständigen wegen ihres angeblichen taktischen Ungehorsams zu tadeln, und daß der fraktionsführer der größten deutschen Regierungspartei sich an dieser Kritik beteiligt habe. Dies habe die Arbeit in Paris schwer beeinträchtigt.

Dr. Schacht zitierte hier Beispiele aus der deutschen Parteiliteratur als Beleg dafür, in welcher schändlichen Verblendung und inneren Zerrissenheit unser Volk sich befindet. „Nichts“, so führte er aus, „hat mir in Paris so sehr

das Gefühl der Scham ins Blut getrieben,

als der Augenblick, wo mich ein amerikanischer Konferenzmitarbeiter auf die gegenseitige Anfeindung und Zerflüchtigung in unserem deutschen Volk ansprach. Es wird einer ungeheuren Erziehungsarbeit bedürfen, ehe wir über dieses Stadium hinauskommen. Aber diejenigen irren sich, die glauben, daß man mit diktatorischen oder überhaupt mit Gewaltmaßnahmen solchen Erzweibel fernern könne. Ich wünschte sehr, daß alle diejenigen, die noch an die Zukunft des deutschen Volkes glauben, sich mühtig und ehrlich auf den demokratischen Boden stellen möchten, auf dem allein Gemeinschaftsarbeit für eine bessere deutsche Zukunft gemacht werden kann. Wer an diese deutsche Gemeinschaftsarbeit glaubt, der muß in erster Linie daran arbeiten, daß die materielle Grundlage für das Leben der breiten Massen in Deutschland nach Möglichkeit erhalten bleibt und ausgebaut werden kann. Von einem Hungerproletariat nationale Begeisterung oder moralische Würde zu verlangen, beweist nur mangelnden Sinn für Wirtschaftlichkeit.

Dr. Schacht streifte die weitere Entwicklung der Konferenz bis zu dem Vermittlungsvorschlag von Youngs, der eine Durchschnittsumme von 1988,8 Millionen vorsah. Für die deutschen Sachverständigen sei damit der Augenblick gekommen gewesen, zu entscheiden, ob es besser sei, die Konferenz ergebnislos auseinandergehen zu lassen oder auf den Boden des Youngschen Vermittlungsvorschlages zu treten. „Solange das den deutschen Sachverständigen gegebene Mandat“, so führte der Redner hierzu aus, „in Kraft blieb, das die deutsche Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit der Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung als Richtlinien enthielt, konnte die Entscheidung für die deutschen Sachverständigen nicht zweifelhaft sein. Jittern, die die eigene Sachverständigen schätzung so wesentlich übertrieben, ohne daß gleichzeitig für eine Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit Sorge getragen wurde, mahnten von den deutschen Sachverständigen abgelehnt werden.

Als dann jedoch die Reichsregierung den deutschen Sachverständigen freistellte, von den Richtlinien abzugehen, wurden die deutschen Vertreter damit vor die Überlegung gestellt, ob sie unter diesen veränderten Verhältnissen die Verhandlungen weiterführen sollten.“ Wenn die deutsche Delegation sich nach eingehender Prüfung für weiteres Verhandeln entschlossen habe, weil sie in dem Youngschen Vermittlungsvorschlag gegenüber der Forderung des bisherigen Antrages einen Fortschritt erblickte, so habe sie das nicht tun können, indem sie von einer Woche zur anderen ihre eigene Schätzung änderte, sondern indem sie in dem Plan diejenigen Sicherungen einbaue, die die deutsche Delegation im Falle des Scheiterns vor dem Vorwurf der Inaktivität und vor einer wirtschaftlichen Katastrophe schützten.

Nach einer Aufzählung dieser Sicherungen betonte Dr. Schacht, daß die geplante

Bank für den internationalen Zahlungsausgleich

kein Kontrollorgan darstelle und daß er hoffe, niemand werde in ihrer Verwaltung Platz finden, der mit dem Apparat der Reparationskommission verknüpft gewesen ist. In dieser Bank brauche man einen völlig anderen Geist. Sie werde ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie, in jeder Hinsicht rein geschäftlich eingestrichelt, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel dazu verwendet, um den Weltmarkt und Deutschlands Anteil daran zu beleben.

Nachdem Dr. Schacht dann nachdrücklich unterstrichen hatte, daß der Umstand, daß die deutschen Sachverständigen sich dem Urteil der übrigen Konferenzmitglieder über die wirtschaftliche Tragbarkeit der Youngsummen nicht haben anschließen können, niemanden von der Verpflichtung entbinde, in ehrlicher Weise um die Erfüllung der Zahlungen aus dem Youngplan bemüht zu sein, und nachdem er noch einmal energisch zurückgewiesen hatte, daß die Forderung nach eigenen überseeischen Rohstoffquellen für Deutschland ein imperialistisches Ziel darstelle, wandte er sich mit der Begründung dafür zu,

warum die deutschen Sachverständigen trotz ihrer Bedenken die Annahme des Youngplans empfanden haben.

Zunächst sei darauf hinzuweisen, daß grundsätzlich eine Verhandlungspolitik mit den Gegnern die einzige Möglichkeit biete, in geduldiger, friedlicher Arbeit aus der verhängnisvollen Lage herauszukommen, in die uns der verlorene Krieg gebracht hat. Eine gewaltsame Vorgehenspolitik sei nicht möglich. Dabei brauche man durchaus nicht etwa an Gewalt zu denken; auch eine passive Abwehr oder eine geschlossene Willensbetätigung gegenüber ungerechten Zumutungen könnten uns in mancher Frage Erleichterung verschaffen. Jedoch fehle es an einer solchen geschlossenen Willensbetätigung zur Zeit im deutschen Volk völlig.

Dr. Schacht betonte dann, daß eine wirtschaftliche Erholung ohne ausländisches finanzielles Vertrauen in Deutschland nicht zu erwarten sei. Ein Scheitern der Sachverständigenkonferenz, für das man selbstverständlich Deutschland die Schuld zugeschoben hätte, hätte zum mindesten

eine finanzielle Vertrauenskrise und damit eine deutsche Wirtschaftskrise

herbeigeführt. Es scheint mir, erklärte Dr. Schacht, das Verantwortungsbewußtsein eines einzelnen Menschen zu übersteigen, wenn er bewußt über Millionen seiner Mitmenschen eine solche Krise herbeizuführen sich für berechtigt halten sollte. Weislich erleichtert worden sei der Entschluß der deutschen Sachverständigen, den Vermittlungsvorschlag anzunehmen, durch den Umstand, daß er von der amerikanischen Gruppe anging. Besitzt doch Amerika, vielleicht mehr als jede andere Nation, wirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein in höchstem Maße.

Dr. Schacht wandte sich hier in eindringlichen Worten gegen das Weicheln über den amerikanischen Schuld und suchte die amerikanische Politik in der Kriegsschuldfrage psychologisch zu begründen. Ebenso erklärte Dr. Schacht, daß wir durchaus keinen Anlaß hätten, in die jetzt oft gehörte Klage mit einzustimmen, daß ganz Europa schließlich zu einer amerikanischen Kolonie wird. Nichts liege dem amerikanischen Volk ferner, als den Europäern die Verantwortung für die Führung ihrer eigenen Wirtschaft abzunehmen. Jitternmäßige Vergleiche darüber anzustellen, welche Vorteile der Youngplan gegenüber dem bestehenden Dawesplan biete, lehnte der Redner ausdrücklich ab.

Nicht auf die etwaigen materiellen Vorteile dieses oder jenes Planes komme es an, entscheidend sei, ob und der Youngplan dem wirtschaftlichen und politischen Frieden näher bringe oder nicht.

Eines allerdings müsse hervorgehoben werden, daß uns der Youngplan von den ausländischen Kontrollen befreit. Dies erfordere aber auch, daß Deutschland sich der Welt gegenüber bemüht zeigt, alle Anstrengungen zu machen, um sein Haus in Ordnung zu halten und die Durchführung des Planes von sich aus zu fördern. In diesem Zusammenhang warnte der Redner davor, die vorübergehende finanzielle Erleichterung, die der Youngplan gegenüber dem Dawesplan während der ersten Jahre bringt, in falscher Weise zu verwenden und beschäftigte sich kritisch mit der augenblicklichen öffentlichen Finanzwirtschaft. Die kurzfristige Verdrückung des Reiches und zahlreicher nachgeordneter öffentlicher Stellen habe schon ein solches Ansehen angenommen, und der Drang nach neuen Anleihen seitens der öffentlichen Hand sei schon wieder so mächtig, daß eine verhängnisvolle Beeinflussung unserer Finanzlage nach oben damit unrettbar verbunden sein wird.

Wir sind, erklärte Dr. Schacht, im besten Zuge, das Gefühl dafür völlig zu verlieren, daß eine Volkswirtschaft vom Range der deutschen sich nicht mit einem Anleiheausmaß von 8,25 Prozent beladen darf, wie ihn das Deutsche Reich bei seiner neuesten, wenig erfreulichen ausländischen Kredittransaktion zahlen mußte. Hier erhob Dr. Schacht erneut seine schon aus früheren Ausführungen bekannte

Forderung härterer Ueberwachung und Drosselung der Ausgaben

aller öffentlichen Körperschaften vom Reich, wo die Regierung gegenüber dem Populärbedürfnis des Parlamentes nicht über die erforderliche finanzpolitische Unabhängigkeit verfüge, bis zu den Gemeinden und sonstigen kleinen Selbstverwaltungskörpern herab, bei denen eine Ueberspannung der Selbstverwaltungsrechte zu finanziellen Ausgaben verleite, die ein besiegtes Volk sich nicht erlauben darf.

Zum Schluß wies Dr. Schacht darauf hin, daß schon wieder in der gegnerischen Presse allerhand laienhaftige Gründe hervorgebracht werden, um dem deutschen Volk die jenseitigen Friedensbemühungen vorzuenthalten, auf die es ein moralisches Anrecht habe. Er hoffe, daß sich keine parlamentarische Mehrheit in Deutschland finden wird für die politische Ratifizierung des Youngplans, wenn nicht die sofortige bedingungslose Räumung des Rheinlandes und eine befriedigende Regelung der Saarfrage und die volle Souveränität über das deutsche Reichsgebiet zurückgibt. Der Youngplan, so lauteten die letzten Worte des Redners, wird ein Friedensinstrument sein, oder er wird überhaupt nichts sein.